



Alle Bürgerinitiativen zwischen Marsberg und Korbach demonstrierten am Mittwoch vor dem Infoabend in Adorf gegen weitere Windräder in der Region: „Es reicht!“ Foto: -sg-

# Keine Windräder im Naturpark

Mehr als 150 Interessenten diskutieren beim Infoabend in Adorf über den Regionalplan für Nordhessen

VON DR. KARL SCHILLING .....

**DIEMELSEE-ADORF.** „70 Windräder sind genug“, verkündete ein Protestplakat. Das sahen auch die mehr als 150 Interessenten so, die am Mittwoch zum Infoabend über Windkraft und den künftigen Teilregionalplan Energie für Nordhessen ins Adorfer Feuerwehrhaus gekommen waren. Bürgerinitiativen von Rhena bis Erlinghausen waren mit Plakaten und Transparenten erschienen. Sogar ein Fernsteam des ARD-Magazins „Report Mainz“ drehte.

**Lebhafte Diskussion**

Der Zorn ist groß: Viele Anwohner sind genervt vom Rauschen und „Geblinke“, sie stören sich an der „Verspargelung“ der Landschaft und waren vor einer „Umzingelung“ von Dörfern wie Vasbeck durch neue Räder. Entsprechend lebhaft war die Diskussion.

Moderator Thomas Korte vermisste die fünf Landtagsabgeordneten aus dem Kreis und Vertreter des Kasseler Regierungspräsidiums. Vom Kreis war nur die Beigeordnete Hannelore Behle erschienen – die auch Diemelseer Parlaments-

chefin ist. Alle anderen hätten abgesagt, berichtete Bürgermeister Volker Becker. Ob Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse – Becker erinnerte daran, dass die Gemeinde seit den 1990er Jahren eine Vorreiterin bei der Nutzung erneuerbarer Energien sei. Diemelsee erzeuge mittlerweile das Neunfache des Eigenbedarfs an Energie. Doch gegen weitere Windräder bestünden

## „Große Gefahr für Tourismus“

Erhebliche Auswirkungen auf den Tourismus sieht der Willinger Bürgermeister Thomas Trachte, wenn Windräder wie vorgesehen auch im Naturpark Diemelsee zugelassen werden.

Gäste hätten ein Bedürfnis nach einem ruhigem und naturbelassenen Landschaftsbild, egal ob sie einen Aktivurlaub machten oder Erholung suchten, erklärte er. Doch das Landschaftsbild werde durch Windräder „extrem in Anspruch genommen, das ist eine große Gefahr“, betonte er. Willingen stehe im globalen Wettbewerb: Urlauber seien anspruchsvoll, und sie hät-

erhebliche Bedenken: „Wir wollen den Naturpark schützen“, das habe die Gemeinde in Beschlüssen, Resolutionen und Stellungnahmen deutlich gemacht. „Aber man hat uns nicht gehört.“ Er drohte bereits an: „Wir werden gegen den Regionalplan klagen“ – die Besucher applaudierten.

Auch Planer Detlef Schmidt aus Grebenstein rechnet damit, dass der Plan vorm Kasse-

ler Verwaltungsgericht landet. Er zeigte Karten mit dem aktuellen Planungsstand der Vorrangflächen und bezog Westfalen mit ein. Einen Film über den Naturpark und die Windräder zeigte Adriane Plewka, Wolfgang Lehmann vom Korbacher NABU ging auf die Rolle des Artenschutzes ein.

Einen schweren Stand hatten zwei Vertreter der Wiesbadener Firma Abo Wind. Sie

Zweckverbandes, dass der Tourismus nicht zu den festen Kriterien bei der Ausweisung von Vorrangflächen zähle. Das forderte er vehement ein. Er bemängelte, dass sich die Planungen im Kreis überwiegend zwischen Willingen, Korbach und Diemelsee abspielten: „Das Problem lässt sich nicht auf dem Rücken von ein, zwei Kommunen lösen.“ Woanders geht es, wie sein Kollege Volker Becker betonte: In Südhessen wurden etliche Flächen „zum Schutz des Landschaftsbildes“ aus der Planung herausgenommen. Eben das fordern die Naturpark-Kommunen auch für sich. (-sg-)

will in der Adorfer Gemarkung vier alte Windräder abbauen und dafür für rund zehn Millionen Euro zwei neue Windräder mit 200 und 230 Metern Gesamthöhe und einer Leistung von je 3300 Kilowatt bauen – siehe die WLZ vom 21. Mai. Außerdem betreibt die Firma die Verlegung des Wetterradars von Flechtendorf in den Kellerwald, wodurch am „Hohen Rade“ und im Upland neue Windräder gebaut werden könnten.

**Fairness angemahnt**

Der „Teamleiter Planung“, Manuel Schmuck, und Projektleiterin Katja Kleine-Möllhoff bekamen zahlreiche kritische Nachfragen – Korte rief schließlich zur Fairness auf.

Nach mehr als zwei Stunden Vortrag und Diskussion fragte Adriane Plewka: „Wie kommen wir weiter?“ Sie rief alle Gemeindevertreter auf, die Forderungen über ihre Parteien nach Wiesbaden und Kassel weiterzugeben, außerdem sollten alle ihre Bundes- und Landtagsabgeordneten ansprechen. Becker begrüßte dies: „Die Bürger müssten endlich ernst genommen werden.“

**WEITERER ARTIKEL**